



**Haushaltsrede von Bürgermeister Klaus Pipke  
zum Haushaltsentwurf 2012  
am 10. Oktober 2011**

---

*– Es gilt das gesprochene Wort! –*

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

im vergangenen Jahr habe ich Ihnen an dieser Stelle, Artikel 28 des Grundgesetzes zitiert und dazu angemerkt, dass vielfach nicht mehr der Gestaltungswille der Bürgerinnen und Bürger vertreten durch die Ratsmitglieder ausschlaggebend dafür sei, was Kommunen leisten und welche Projekte sie umsetzen, sondern die blanke finanzielle Not die Bedingungen diktiert. Das ist nach wie vor richtig, und solange keine umfassende Reform der Staatsfinanzierung stattgefunden hat, wird sich daran wahrscheinlich nichts ändern. Wenn man sich jedoch nur noch von diesem Gedanken leiten lässt, lähmt man jede Entwicklung und schafft vor Ort keine Voraussetzungen dafür, für die Anforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Anders und verkürzt gesagt: Als Kommune ist man gezwungen zu investieren, auch und gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten. Ein Blick auf die Kommunen um uns herum, macht denn auch klar, dass überall Anstrengungen unternommen werden, die man angesichts der Schlagzeilen der andauernden Finanzkrise, der Schuldenkrise in Europa und all der Probleme, die gemeint sind, wenn Griechenland Thema in den Nachrichten ist, nicht gerade erwarten würde. Man investiert, um Unternehmen am Standort zu halten und neu zu gewinnen. Man investiert, um den Bürgerinnen und Bürgern etwas bieten zu können. Man investiert, um im Zusammenspiel aller Kommunen der Region eine kraftvolle Stimme zu haben.

Genau das haben auch wir in den letzten Jahren getan. Wir haben das erfolgreich getan und scheinbar unbemerkt, wenn man die mediale Öffentlichkeit, die anderen Kommunen zuteil wird, mit der unseren vergleicht, und in Beziehung setzt zu all den

Projekten, die in Hennef tatsächlich umgesetzt worden sind und die nach wie vor anstehen.

Dabei sind wir systematisch und überlegt vorgegangen, haben uns den Randgebieten des Zentrums gewidmet, das Zentrum selbst in den Blick genommen, das Entwicklungsgebiet Hennef-Mitte tatsächlich entwickelt, haben Lücken geschlossen, Gebiete entwickelt, Defizite behoben. Das zweite Zentrum Uckerath war ebenso Ziel unserer Bemühungen, wie auch die Infrastruktur auf und zwischen den Dörfern.

Die erfolgreichen Ergebnisse all dessen kann man sehen. Zuletzt vor drei Tagen bei der Eröffnung der Mehrzweckhalle, das nächste Mal in drei Tagen, wenn nämlich „Müllerland“ in der alten Messe seine Pforten öffnet. Ich bin überzeugt davon, dass wir diesen ganz wichtigen Entwicklungsschritt – der neuen Nutzung der alten Messe – nicht gemacht hätten, wenn wir in den letzten Jahren nicht die Grundlagen dafür gelegt hätten. Denn wer meint, nur die Autobahnanbindung und der Zufall eines großen leeren Gebäudes seien der Grund für die Wahl des Standortes, der irrt. Für einen Investor dieser Größenordnung und Ausstrahlung, muss schon das ganze Umfeld in einer Stadt stimmen.

Übrigens ist „Müllerland“ auch ein gutes Beispiel dafür, wie ein privater Investor, eine Stadtverwaltung und die politischen Vertreter in Rat und Ausschüssen produktiv zusammenarbeiten können. Ich möchte daher an dieser Stelle schon einmal allen danken, die in den letzten eineinhalb Jahren so erfolgreich daran mitgewirkt haben: Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ebenso aber auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bau- und im Planungsamt, ohne deren Kompetenz und Engagement das sicher nicht zu leisten gewesen wäre.

Nachdem wir nun also in den letzten Jahren die offensichtlichen Themen angegangen sind und die Grundlagen für die nächsten Projekte gelegt haben, wollen wir jetzt mit einem Flächennutzungsplan und weiteren Zukunftskonzepten ganz gezielt prüfen, welche Defizite man mittel- und vor allem langfristig beheben muss und wo wir noch weiteres Potential haben. Angesichts massiver Störfeuer aus dem

Land ist das aber nicht ganz einfach. Zumal diese Störfeuer nicht einfach nur lästig sind, sondern ganz massiv in unsere stadtplanerische Entscheidungshoheit eingreifen. Drei Beispiele, die Sie kennen, möchte ich noch einmal erwähnen.

Da ist zu einem ein Thema, das uns gerade in den letzten Tagen wieder intensiv beschäftigt hat: die Ortsumgehung Uckerath, insbesondere die Landesstreichliste bei den Straßenbauplänen, die mit einem Federstrich die Ortsumgehung Uckerath auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt. Zwar ist dort die Ortsumgehung immer noch mit dem Zusatz „Vordringlicher Bedarf“ gekennzeichnet, aber zugleich auch als nur noch „nachrangig“ zu planen. Was so viel heißt wie: Sie ist dringend notwendig, aber wir machen sie trotzdem nicht. Angesichts von bis zu 18.000 Fahrzeugen, die täglich durch Uckerath rollen, ist das schon ein Schlag ins Gesicht. Dabei geht es ja nicht nur um eine Entlastung der Bevölkerung in Uckerath, es geht auch darum, inwiefern wir als kommunale Selbstverwaltung die weitere Entwicklung eines Stadtgebietes betreiben können, während jenseits der Stadtgrenze unverdrossen gebaut wurde und zugleich die LKW-Maut immer mehr LKW auf die B8 umleitet.

Ein anderes Thema ist die Einrichtung von Lärmschutzzonen um den Köln-Bonner Flughafen. Den Berechnungen des Landes zufolge, ist das Hennefer Stadtzentrum künftig in weiten Bereichen Teil der Lärmschutzzone. Das ist insofern bemerkenswert, als dass der Flughafen noch vor vier Jahren mehrere ausführlich begründete Anträge der Stadt Hennef auf Einbeziehung dieser Bereiche in das Lärmschutzprogramm abgelehnt hatte. Nun aber werden Lärmschutzzonen rechtlich verbindlich, was einerseits den betroffenen Rechtssicherheit bei der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen gibt, andererseits aber unsere Planungshoheit soweit einschränkt, dass wir im Ortskern des Zentralortes schutzbedürftige Einrichtungen wie zum Beispiel Altenheime nicht mehr autonom planen können. Mit anderen Worten: Als kommunale Selbstverwaltungs-Gremien sind der Rat und seine Ausschüsse nicht mehr Herr über die Stadtplanung im Hennefer Zentrum.

Drittes Störfeuer – wobei der Begriff Störfeuer hier geradezu eine Verniedlichung ist –, ist die massive Umverteilung der Landeszuweisungen zugunsten der großen Städte, die das Land Ende des letzten Jahres in die Wege geleitet hat. Dies führt zur

weiteren Unterfinanzierung der kleineren und ländlichen Kommunen. Und das auf Jahre hinaus. Denn die gesunkenen Zuweisungen für 2011 sind ja auch die Berechnungsgrundlage der Zuweisungen für die kommenden Haushaltsjahre. Nachdem wir im letzten Jahr für den Haushaltsplan 2011 auf Basis der tatsächlichen Höhe der Landezuweisungen im Jahr 2010 und der Orientierungsdaten des Landes zunächst Schlüsselzuweisungen in Höhe von 13,4 Millionen Euro eingerechnet hatten, mussten wir dies dann auf 10,3 Millionen Euro korrigieren, nachdem das Land von jetzt auf gleich die Berechnungsgrundlagen geändert hatte. Weil aber die Zuweisungen – wie Sie wissen – immer auch die Grundlage für künftige Zuweisungen sind, büßen wir in diesem und in den kommenden drei Jahren insgesamt 12 Millionen Euro ein. Als wäre das noch nicht genug, sind vom Land gleich auch mal die Zuschüsse für den Ausbau der U3-Betreuung eingefroren worden, und bei der Berechnung der Ausgleichszahlungen für das beitragsfreie Kindergartenjahr lässt man im Land die Kindpauschalen für die U3-Kinder außen vor, was mal eben eine Unterfinanzierung von 100.000 Euro bedeutet.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass vieles dessen der allgemeinen Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltslage zuzuschreiben ist. Aber die Kommunen sind immer am Ende der Nahrungskette, und bekommen oft genug beides aufs Auge gedrückt: die Lasten und die Rechnung.

Das ist kein neues Phänomen. Und ich möchte noch einmal betonen, dass wir in den letzten Jahren trotz aller Probleme, trotz aller Belastungen, trotz aller Krisen, in Hennef so viel auf die Beine gestellt haben, wie kaum jemals zuvor. Denken Sie an die Mehrzweckhalle, die wir dieser Tage eingeweiht haben. Denken Sie an den Ausbau am Gymnasium, an die großen Fortschritte in Hennef-Mitte mit dem Jugendpark, dem Parkhaus und dem Place Le Pecq. Denken Sie an den Busbahnhof, die Fortschritte im Gewerbegebiet Hossenberg. Denken sie an die Erschließung des Neubaugebietes „Im Siegbogen“ und den Bau der dortigen Grundschule, an den Ausbau der Bröltalstraße und viele andere kleine Projekte. Vieles weitere haben wir bereits in die Wege geleitet, wie den Neubau des Baubetriebshofes, das Generationenhaus in Hennef-Mitte, die Entwicklung der Ladestraße oder den Bau der Kindertageseinrichtung im Siegbogen.

Parallel zu alledem, und damit komme ich zum Haushaltsplan 2012, haben wir das eine große Ziel der weiteren Entschuldung nicht aus den Augen verloren. Angesichts der Wirtschaftslage, der Höhe der Steuereinnahmen und der geschilderten Störfeuer, angesichts auch wichtiger Vorhaben wie dem ebenso kostenintensiven wie dringend notwendigem Ausbau des Gymnasiums, müssen wir die Prioritäten kurzzeitig verschieben, die weitere Entschuldung aber als langfristiges Ziel beibehalten. Die Gesamtverschuldung der Stadt hat sich von 2010 bis 2011 um eine Millionen Euro auf 82 Millionen verbessert. Bedenkt man den Spitzenstand 2003 von 94 Millionen, ist das schon eine beachtliche Leistung. Ohne den notwendigen Um- und Neubau am Gymnasium, – dies hatte ich bereits im vergangenen Jahr erläutert –, hätten wir den Weg der Entschuldung weiter gehen können. Da wir diese Maßnahme aber über die Aufnahme neuer Kredite finanzieren müssen, was sich buchhalterisch erst in den jetzt kommenden Haushalten niederschlägt, wird der Gesamtschuldenstand bis 2013 wieder auf 89 Millionen steigen, dann aber rasch sinken, so dass wir diese notwendige, zusätzliche Last 2015 abgetragen haben. Ohne die Baumaßnahme würde sich die Nettoneuverschuldung im Minus bewegen, im Klartext: Wir würden deutlich mehr Schulden tilgen, als neue aufnehmen. Um das deutlich zu machen, haben wir Ihnen das im Haushalt dargestellt (Vorbericht Punkt 14).

Nun zu den Zahlen für das kommende Jahr, dessen Haushalt Ihnen im Entwurf vorliegt. Der **Ergebnisplan 2012** verzeichnet 87 Millionen Euro ordentliche Erträge und rund 86,2 Millionen Euro ordentliche Aufwendungen. Im Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit schließt er mit einem Plus (!) von knapp 880.000 Euro ab. Verrechnet mit Finanzerträgen in Höhe von 1,06 Millionen Euro und Zinsen und Finanzaufwendungen in Höhe von 5,36 Millionen Euro ergibt sich ein Jahresergebnis von minus 3,42 Millionen Euro. Den Ausgleich des Defizites werden wir über die allgemeine Rücklage leisten. Aktuelle Landesdaten aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz konnten bislang nicht verarbeitet werden, da sie noch nicht bekannt sind. Die im Haushaltsplan aufgeführten Zahlen sind realistische Berechnungen auf Basis der Vorjahresdaten. Alles in allem aber jedenfalls unterschreiten wir die in der Gemeindeordnung festgelegten Grenzwerte für ein

Haushaltssicherungskonzept und bleiben – im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen – in der eigenverantwortlichen finanziellen Selbstverwaltung.

Der **Finanzplan** für 2012 verzeichnet im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Minus von 4,27 Millionen Euro und im Saldo der Investitionstätigkeiten ein Minus von 813.552 Euro. Angesichts dieser Finanzlage haben wir in den einzelnen Etats der Ämter die Ausgabenplanungen auf dem Niveau der tatsächlichen Ausgaben im laufenden Jahr eingefroren. Und wie immer möchte ich auch Sie bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen, in ihren Haushaltsberatungen keine zusätzlichen Ausgaben ohne Deckungsvorschlag zu veranschlagen.

Abschließend noch ein Wort zu unserem ersten Versuch, die Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung des Haushaltes insofern zu beteiligen, als dass es möglich war, über die städtische Internetseite Vorschläge einzureichen. Die Möglichkeit haben wir über all unsere Veröffentlichungskanäle, Website, Presse und soziale Netzwerke im Internet bekannt gemacht. Bis Ende August waren elf Vorschläge eingegangen. Der Vorschlag, nachts Ampeln abzuschalten, um Stromkosten zu sparen, wurde drei Mal eingereicht, einmal erweitert um die Idee, nachts auch jede zweite Straßenlaterne abzuschalten. An Ausgabevorschlägen wurde eingereicht, auch außerhalb des Ortskerns so genannte „Hundekot-Beutel-Spender“ aufzustellen, einen Zebrastreifen oder eine Fußgängerampel in der Hennefer Hennef City zu installieren, dem Hennefer Turn-Verein für die Veranstaltung Hennef-Triathlon einen jährlichen Zuschuss zu geben, ein Frei- und Hallenbad zu bauen, das Hallenbad der Sportschule samstags für die Allgemeinheit zu öffnen und einen Bürgersteig auf der Willi-Lindlar-Straße zu bauen. Neben dem Abschalten von Ampeln und Laternen wurde außerdem der Sparvorschlag eingereicht, die sachkundigen Bürger und die Ratsmitglieder sollten ein Jahr auf Ihre „finanziellen Bezüge“ verzichten. Weiterhin wurde vorgeschlagen, zum Bau des Kindergartens „Im Siegbogen“ bei den Anwohnern ein Darlehen aufzunehmen und im Parkhaus an der Bahnhofstraße die an Wochenenden ungenutzten Parkfläche für die Kundschaft des Einzelhandels freizugeben.

Wir werden ihnen alle Vorschläge mitsamt einer Erläuterung und einer Bewertung jedes Vorschlages in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Rahmen der Haushaltsberatungen vorlegen.

Zum Schluss darf ich mich wie immer herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, allen voran Kämmerin Eva-Maria Weber, bedanken, die wieder sehr viel Arbeit und Kraft in diesen Plan gesteckt haben. Mein Dank geht darüber hinaus an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, für Ihr Engagement, ihre Kompetenz und ihre große Zuverlässigkeit in diesem wie in allen Jahren.

Und ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit des vergangenen Jahres.

Ich freue mich auf die konstruktive Arbeit zum Besten unserer Stadt auch im kommenden Jahr!

**Vielen Dank!**